

Antrag 182/II/2019**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Psychotherapeutische Vorsorgeuntersuchung****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Jede*r gesetzlich Krankenversicherte hat das Recht in re-
2 gelmäßigen Abständen kostenlose Vorsorgeuntersuchun-
3 gen wahrzunehmen. Hierbei geht es hauptsächlich um
4 Krankheiten, die bei früher Erkennung gut behandelt wer-
5 den können. Entsprechend zahlen die gesetzlichen Kran-
6 kenkassen beispielsweise für halbjährliche Besuche bei
7 der*m Zahnärzt*in zur Vorsorge oder jährliche Krebs-
8 Untersuchungen bei der*n Gynäkolog*in.
9
10 Ein Bereich, der aber völlig ausgeklammert wird, ist die
11 psychische Gesundheit. Dabei können auch hier eine frü-
12 he Erkennung und ein früher Beginn der Behandlung aus-
13 schlaggebend sein für deren Erfolg. Die aktuellen Um-
14 stände begünstigen aber genau das Gegenteil: Zu we-
15 nig psychotherapeutische Angebote und gesellschaftli-
16 ches Stigma mit dem Vorurteil, psychische Erkrankungen
17 wären keine „echten“ Krankheiten führen dazu, dass vie-
18 le Menschen sich zu spät oder gar keine Hilfe suchen. Die
19 Ungleichbehandlung bei Vorsorgeuntersuchungen stützt
20 dieses Bild. Ob ich Karies bekomme, scheint wichtig zu
21 sein. Ob ich gerade eine Depression entwickle, wohl eher
22 nicht.
23
24 In die gleiche Kerbe schlägt, dass es so schwierig ist, einen
25 Termin bei Psychotherapeut*innen zu bekommen. Wer
26 wochenlang auf einen Termin warten oder für diesen in
27 den nächsten Landkreis fahren muss, bekommt vermit-
28 telt, dass das eigene Leiden wohl doch nicht so schlimm
29 und behandlungswürdig sein kann. Psychische Erkrankun-
30 gen müssen aber endlich als das wahrgenommen wer-
31 den, was sie sind: Behandlungswürdige Erkrankungen. Es
32 kann nicht sein, dass bei psychischen Problemen nach wie
33 vor eine Mentalität des „Stell dich mal nicht so an“ vor-
34 herrscht und Menschen mit psychischen Erkrankungen
35 wahlweise als schwach oder verrückt abgestempelt wer-
36 den.
37
38 Die mitunter tödlichen Folgen des Stigmas zeigen sich be-
39 sonders im Gender-Vergleich: Jungen* und Männer* sind
40 von diesem aufgrund von schädlichen Vorstellungen von
41 Männlichkeit nochmal ganz anders betroffen als Frauen*
42 und Mädchen*. Jungen* und Männer* suchen sich selte-
43 ner oder später Hilfe (sowohl professionelle als auch im
44 Freundes- und Familienkreis), sind deutlich häufiger von
45 Suchterkrankungen und Obdachlosigkeit betroffen und
46 begehen häufiger Gewaltverbrechen und Suizid. Dasselbe
47 gilt für Jugendliche aus der LGBTTIQ*A+ Community.

48

49 Bei Mädchen* und Frauen* wiederum sind beispielsweise
50 Diäten durch die Vermittlung unrealistischer Körperbilder
51 teilweise so normalisiert, dass Essstörungen gar nicht als
52 solche wahrgenommen werden.

53 Wir fordern daher:

54 Der **halbjährliche Besuch einer*s Psychotherapeut*in oder**
55 **Psycholog*in zum Vorsorgegespräch** soll für alle Men-
56 schen in den Katalog der von den gesetzlichen Kranken-
57 kassen getragenen Vorsorgeuntersuchungen aufgenom-
58 men werden. Um eine elternunabhängige Wahrnehmung
59 des Vorsorgeangebots bei Kindern zu erreichen, soll vor al-
60 lem in Schulen für dieses Angebot geworben und bei Be-
61 darf von diesen organisiert werden.

62 Darüber hinaus braucht es eine **bundesweite Kampa-**
63 **gne, die die Bekanntheit dieses Angebots erhöht**, für die
64 Wahrnehmung des Angebots wirbt und das mit psychi-
65 schen Erkrankungen verbundene Stigma bekämpft. Ne-
66 ben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
67 (BzgA) sind hier auch Akteur*innen wie Kitas und Schu-
68 len und die Ärzt*innen und Therapeut*innen gefragt. Ähn-
69 lich zur Zahngesundheitskampagne, wie es sie seit den
70 1970ern Jahren gibt, soll das Thema psychische Gesund-
71 heit früh, altersgerecht und durchgehend thematisiert
72 werden.

73 Des Weiteren soll die BzgA bei der Bewerbung aller Vorsor-
74 geangebote stärker auf den Genderaspekt achten, um vor
75 allem bei Männern* für deren Wahrnehmung zu werben.

76 Die **Zahl der psychotherapeutischen Angebote muss er-**
77 **höht werden**. Dies gilt sowohl für niedrigschwellige An-
78 gebote, wie Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstel-
79 len in der Nachbarschaft, als auch für die Psychothera-
80apeut*innen, die Vorsorgeuntersuchungen und Therapien
81 durchführen können. Dies wollen wir erreichen, indem die
82 Anzahl der Studien- und Ausbildungsplätze ausgeweitet
83 wird, die Ausbildungsbedingungen vor allem durch Über-
84 nahme der Kosten verbessert werden und die Anzahl der
85 vergebenen Kassensitze erhöht wird.

86